

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Landesgeschäftsstelle: Kurhausstr. 6, 36433 Bad Salzungen, Fon u. Fax (03695) 8534426
Internet: www.Buergerallianz.de E-Mail: BA-Kontakt@Buergerallianz.de
Landesvorsitzender: Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden,
Fon: (03683) 402048 Mobil: (0151) 11202843
Fax: (03683) 466708 E-Mail: Peter.Hammen@Buergerallianz.de

Presseinformation der *Bürgerallianz Thüringen* vom 24. 04. 2006

Bürgerallianz im Gespräch mit dem Innenministerium

In Weiterführung der Gespräche zwischen der *Bürgerallianz Thüringen* e. V. gegen überhöhte Kommunalabgaben und dem Innenministerium trafen sich der Vorstand der *Bürgerallianz* und Herr Niebur, Leiter der Kommunalabteilung des Thüringer Innenministeriums. In seiner Begleitung befanden sich Fachreferenten.

„Schwerpunkt des Gespräches waren die derzeitigen Probleme einzelner Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung bzgl. der Umsetzung der Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes“, so der Vorsitzende der *Bürgerallianz*, Peter Hammen.

Der Vorstand der BA kritisierte unter anderem, dass einige Aufgabenträger, trotz Rückerstattungspflicht der Wasserbeiträge per Gesetzesänderung, nun Säumniszuschläge für nicht oder später bezahlte Wasserbeiträge verlangen.

Manche Aufgabenträger haben bisher noch nicht mit der Rückzahlung Trinkwasserbeiträge begonnen.

Dazu erklärte Herr Niebur, dass es im Ermessen der Aufgabenträger liegt, aus Billigkeitsgründen von der Erhebung der Säumniszuschläge abzusehen.

Zum Stand der Rückzahlung der Wasserbeiträge wurde festgestellt, dass bereits mehr als 90 % der Aufgabenträger die Wasserbeiträge zurückgezahlt haben, bei einzelnen allerdings nur durch Ersatzvornahme und Zwangsandrohung durch die jeweils zuständigen Kommunalaufsichten.

Klar positionierte sich das Innenministerium gegen die Forderung der *Bürgerallianz*, dass per Gesetz auch die Abwasserbeiträge abgeschafft werden sollen.

„Das Innenministerium begründet dies damit, dass die Aufgabenträger bereits nach gegenwärtiger Gesetzeslage das Ermessen haben, statt Beiträgen nur Gebühren zu erheben“, so Hammen abschließend.

Zu den Möglichkeiten der Neustrukturierung der Aufgabenträger gab es von Seiten des Innenministeriums keine Informationen, da geplant sei, entsprechende Vorschläge im Mai 2006 im Thüringer Landtag zu behandeln.

Nach persönlicher Ansicht des Herrn Niebur bestehen aber gegen die zwangsweise flächendeckende Verringerung der Anzahl der Zweckverbände rechtliche Bedenken.

Einigkeit bestand auf beiden Seiten, dass die gemeinsamen Gespräche in Zukunft fortgeführt werden.

www.Buergerallianz.de